

Angriff auf das Zentrum des Terrors

Israels verwegener Schlag gegen den Iran

Suche nach Gerechtigkeit

Ein Bericht über Sexualverbrechen der Hamas

Journalismus auf Abwegen

Anti-israelische Propaganda in Wort und Bild





12

NAHOST-BERICHTERSTATTUNG

Propaganda unter Volldampf

4 **STAATSRÄSON**
Suche nach der richtigen Israel-Politik

9 **BIBELKOLUMNE**
Das wahre Messias-Bild

10 **MASSAKER AM 7. OKTOBER**
Sexuelle Gewalt war geplant



6

ANGRIFF AUF DEN IRAN

Eine famose Operation



14

IN EIGENER SACHE

Israelnetz feiert Jubiläum

Scheichs von Hebron wollen Frieden mit Israel

Fünf Scheichs von Hebron haben sich dafür ausgesprochen, Israel als jüdischen Staat anzuerkennen und Frieden mit ihm zu schließen. Dazu wollen sie die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) verlassen, ein Emirat von Hebron gründen und sich den Abraham-Abkommen anschließen. Über einen entsprechenden Brief an den israelischen Wirtschaftsminister Nir Barkat berichtete das „Wall Street Journal“ am 5. Juli. Zu den Unterzeichnern gehört Scheich Wadi al-Dscharabi, laut dem Bericht Anführer des einflussreichsten Klans in Hebron. Er betonte: „Wir wollen Zusammenarbeit mit Israel.“ Im Brief schlagen die Scheichs einen Zeitplan für Verhandlungen vor. Ziel sei eine „anständige Vereinbarung“,

um die Oslo-Abkommen aus den 1990er Jahren zu ersetzen. Diese Abkommen „haben die korrupte Palästinensische Autonomiebehörde über uns gebracht statt der Anerkennung der lokalen und authentischen Führung“. Im Brief betonen die



Scheich Dscharabi aus Hebron will Israel als jüdischen Staat anerkennen

Scheichs weiter, es gebe „null Toleranz“ für Terrorismus. Dabei kritisieren sie die PA, die Terroristen finanziell belohne.

Barkat hatte bereits im Mai bei einer Konferenz der „Jerusalem Post“ von der Möglichkeit gesprochen, mit bestimmten Klans zusammenzuarbeiten. Gemäß dem „Wall Street Journal“ traf sich der Likud-Politiker mehrmals mit den Klanführern. Ein zentrales Element des Plans sind Arbeitsgenehmigungen für Israel. Anfänglich sollen 1.000 Bewohner aus Hebron in Israel arbeiten dürfen; nach der Probezeit soll die Zahl stufenweise auf mehr als 50.000 steigen. Infolge des Terrormassakers vom 7. Oktober hatte Israel die meisten Genehmigungen gestrichen. |

Daniel Frick

IMPRESSUM

Herausgeber Christliche Medieninitiative pro e.V. | Charlotte-Bamberg-Straße 2 | D-35578 Wetzlar
Telefon +49 (64 41) 5 66 77 00 | Telefax -33 | israelnetz.com | info@israelnetz.com

Vorsitzender Dr. Hartmut Spiesecke | **Geschäftsführer** Christoph Irion (V.i.S.d.P.)

Büro Wetzlar Daniel Frick, Elisabeth Hausen (Redaktionsleitung) **Büro Jerusalem** mh

Titelfoto Das von der israelischen Armee veröffentlichte Bild zeigt den Start eines Kampffjets auf dem Weg in Richtung Iran; Quelle: picture alliance

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 5. August 2025

Spenden Israelnetz lebt von Ihrer Spende. Volksbank Mittelhessen eG IBAN DE73 5139 0000 0040 9832 01 | BIC VBMHDE5F | www.israelnetz.com/spenden

Ein Tisch im Angesicht der Feinde

Liebe Leser,

im Krieg leiden nicht nur Menschen, sondern auch die Wahrheit. Das zeigt sich auch im israelischen Verteidigungskrieg gegen die Hamas. Internationale Medien übernehmen unkritisch Behauptungen und Bilder von der Terrorgruppe, die für ihre Lügen bekannt ist. Da werden etwa kranke Kinder zu „Opfern einer Hungersnot“. Mehr dazu lesen Sie ab Seite 12.

Um tendenziöse und irreführende Berichterstattung ging es auch bei einer Podiumsveranstaltung zum 25-jährigen Bestehen von Israelnetz. Hauptreferent war der Vorsitzende des Landesverbandes der jüdischen Gemeinden in Hessen, Daniel Neumann. Trotz düsterer Medienlage erfreuten wir uns anlässlich des Jubiläums an einem gemütlichen Beisammensein mit den Gästen. Dankbar sind wir auch für Glückwünsche, die uns von Lesern erreichten. Einblicke in den Jubiläumsabend erhalten Sie ab Seite 14.

Eine Falschbehauptung war, dass es am 7. Oktober 2023 in Südisrael nur sporadisch zu sexueller Gewalt gekommen sei. Doch ein Bericht zeigt: Diese Übergriffe waren nicht spontan, sondern ebenso geplant wie das Massaker. Die Hamas indoktrinierte Terroristen vor dem Großangriff mit der Ideologie, dass Juden „minderwertige Menschen“ seien. Sexuelle Gewalt ereignete sich an mindestens sechs Orten – und setzte sich an Geiseln fort. Hintergründe erfahren Sie ab Seite 10.

Auch deutsche Politiker ziehen aus solchen Falschinformationen Rückschlüsse für Politik und Ermahnungen gegenüber Israel.

Dabei fordert die vielzitierte „Staatsräson“ eine klare Haltung: Deutschland muss den jüdischen Staat zum militärischen Vorgehen etwa gegen den Iran befähigen, wie Dr. Nicolas Dreyer ab Seite 4 feststellt.

Während im Gazakrieg Beobachter eine klare Strategie vermissen, war der israelische Militärschlag gegen den Iran im Juni sehr gezielt – und von Erfolg gekrönt. Mit Hilfe der USA warf der jüdische Staat das iranische Atomprogramm deutlich zurück. Wie raffiniert Israel den Angriff plante, legt Daniel Frick ab Seite 6 dar.

In Psalm 23,5 schreibt König David: „Du bereitest vor mir einen Tisch im Angesicht meiner Feinde.“ Mögen Soldaten, Geiseln und andere Zivilisten in Israels Kriegen erleben, dass Gott sie im Angesicht ihrer Feinde mit dem versorgt, was sie benötigen.

Herzlich grüßt Sie

Elisabeth Hausen

Elisabeth Hausen



WISSENSWERT

Den Schulnoten in Israel liegt ein Punktesystem zugrunde, 100 ist der beste Wert. Die Noten 95 bis 100 stehen für „Ausgezeichnet“, ab 90 ist die Bewertung „sehr gut“. Wer weniger als 60 Punkte erhält, hat keine ausreichende Leistung erbracht.

Das neue Schuljahr beginnt in Israel traditionell am 1. September.

Die Suche nach der richtigen Israel-Politik

Die „deutsche Staatsräson“ gegenüber Israel war von Anfang an auslegbar. Der Gazakrieg und die Luftschläge im Iran verstärkten die Debatte um den Begriff. Welche Prinzipien sollten künftig die deutsche Israelpolitik bestimmen?

Dr. Nicolas Dreyer

Der europäischen und deutschen Kritik an Israel im Vorgehen gegen die Hamas und den Iran liegt ein Problem zugrunde: Außer Sanktionen gibt es keine Handlungsoptionen gegen Staaten und Regimes, die die europäische Friedens- und Nachkriegsordnung ablehnen. Geleitet von Lektionen der eigenen Geschichte hat die Bundesrepublik zu Recht den Militarismus abgelehnt und sich dem Multilateralismus und der „Friedenspolitik“ verschrieben. Nach dem Ende des Kalten Krieges nahm die Überzeugung zu, dass Europa nicht länger gefährdet sei und Deutschland keine größeren militärischen Fähigkeiten mehr brauche. Damit entledigte sich unser Land jedoch auch mancher Optionen und Möglichkeiten der eigenen und verbündeten Machtprojektion – auch für die nicht allzu seltenen Fälle, dass internationale „Partner“ die Regeln der friedlichen Konfliktlösung ablehnen und auf die Macht des Stärkeren rekurren.

Mike Huckabee, seit April US-Botschafter in Israel, sagte im Juni bei einem Gebetsfrühstück für christliche Unterstützer Israels in Jerusalem sinngemäß: „Natürlich bevorzugen wir die Diplomatie, um Konflikte zu lösen. Aber wenn diese scheitert, tauchen in der Regel die Soldaten auf. Daher müssen wir dankbar dafür sein, Soldaten zu haben.“

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine seit dem Februar 2022 hat Deutschland aus dem sprichwörtlichen Dornröschenschlaf aufgeweckt. Die von Kanzler Olaf Scholz (SPD) damals proklamierte „Zeitenwende“ zeigt, dass eine „Friedenspolitik“ ohne ausreichendes Abschreckungs- und Verteidigungspotenzial zum Scheitern verurteilt ist. Die „Friedensmacht“ Deutschland kann weder Russland noch den Iran abschrecken. Was Europa seit dem Februar 2022 erlebt, kennt Israel seit den frühesten Versuchen, den Judenstaat im britischen Mandatsgebiet aufzubauen und nach der Staatsgründung weiterzuentwickeln. Von Anfang an musste sich Israel militärisch stark genug aufstellen, um unter hoher Opferbereitschaft seine Freiheit und Unabhängigkeit zu verteidigen, und gleichzeitig immer wieder die Hand zum Frieden auszustrecken. Es musste auch immer den politischen und gesellschaftlichen Willen für beides aufbringen.



Gedenken an die Geiseln der Hamas am Dizengoff-Platz in Tel Aviv: Ursache für den Gazakrieg war der Überfall der Hamas auf den Süden Israels am 7. Oktober 2023

Ein zentrales Problem deutscher und europäischer Außenpolitik ist die fehlende Einsicht, dass Islamismus und Israelhass in der arabisch-islamischen Welt nicht nur für Israel, sondern auch für Europa und den Westen eine Bedrohung sind und sich nicht durch „Appeasement“ befrieden lassen. Solange sich der Islam nicht reformiert, wird der Nahe Osten kaum Israels Existenz akzeptieren. Ein säkularisierter Westen versteht nicht mehr die gesellschaftliche und kulturelle Durchdringung mit religiösen Überzeugungen, wie sie im Nahen Osten vorherrschen. Weil die Ablehnung Israels zum Teil religiös begründet ist, können die westlichen beziehungsweise säkularen Vorstellungen für einen Frieden im Nahen Osten nicht greifen, auch wenn sie rational einen Sinn ergeben, wie das Konzept der „Zwei-Staaten-Lösung“.

Voraussetzung für eine sinnvolle Nahostpolitik ist das Verständnis, dass Israel ein strategischer Partner im Nahen Osten ist. Zudem muss auf doppelte Standards verzichtet werden. Ursache und Wirkung dürfen nicht verwechselt werden. Genauso selbstverständlich, wie für Israel das Völkerrecht und Kriegsvölkerrecht gilt, sollten die gleichen Forderungen auch an Palästinenser, Iraner, Katarer und andere gestellt werden – auch wenn die Palästinensische Autonomie von den meisten westlichen Staaten bisher nicht als Völkerrechtssubjekt anerkannt ist. Warum gilt die von Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) erhobene Forderung „Übertreibt's nicht!“ für Israel und nicht für die Hamas? Wo bleibt die „höchste Sorge“ beim Schicksal der Geiseln, wie Außenminister Johann Wadepful sie für die Zivilbevölkerung in Gaza ausdrückt?

Der Iran mit seinen Proxys Hamas und Hisbollah, genauso wie das gegenwärtige Russland, lässt sich in keine „Friedensordnung“ einbeziehen – im Gegenteil, sie bekämpfen diese europäische Friedens- und Werteordnung und erkennen die Prinzipien des Völkerrechtes nicht an. Sie bekämpfen nicht nur den jüdischen Staat, sondern die gesamte westliche, liberale und demokratische Ordnung.

Ähnlich brachte dies im Juni 2025 der ukrainische Parlamentsabgeordnete Oleksii Hontscharenko bei einer parlamentarischen Versammlung des Europarates auf den Punkt: „Israel schützt die



Grundwerte, die wir alle hier teilen. Wir sprechen von Frauenrechten. Wer schützt die Frauenrechte im Nahen Osten? Israel. Wir sprechen von Demokratie. Was ist Demokratie im Nahen Osten? Israel. Wir sprechen über Menschenrechte und die Herrschaft des Rechts. Israel, Israel, Israel. Anstelle der Kritik an Israel sollten wir Israel unterstützen.“

Politiker der Mitte in Deutschland gestehen der Ukraine zu, dass diese nicht nur ihre Heimat, ihr Land und ihr Volk, ihre Geschichte und Kultur vor der revisionistischen Aggression Russlands verteidigt, sondern auch Europa und damit unsere geteilten Werte. Die Ukraine verteidigt unsere Freiheit und Demokratie dadurch, dass sie unter großen Opfern ihre Nation und ihr Staatsgebiet zu schützen sucht. Die Wirksamkeit universaler liberaler Werte, wie Menschen- und Bürgerrechte und Völkerrecht, ist daran gebunden, dass sie durch einen nationalen Rechtsstaat nach innen und außen durchgesetzt werden. Auf dem ukrainischen Staatsgebiet, das von Russland völkerrechtswidrig besetzt ist, gibt es keine freien Wahlen, Meinungsfreiheit oder Rechtsstaatlichkeit mehr.

Bedrohung durch den Islamismus

Parallel dazu darf unsere Politik verstärkt die Erkenntnis darüber erlangen, dass auch Israel nicht nur sein Land und seine eigene Demokratie und Freiheit verteidigt, sondern auch die liberalen Werte der gesamten westlichen Welt. Angela Merkel (CDU) hatte auf diese moralische, strukturelle Verbundenheit zwischen Israel und Europa beziehungsweise Deutschland im liberalen Demokratie- und Staatsverständnis in ihrer Ansprache in der Knesset 2008 verwiesen, wo sie Israels Sicherheit als „deutsche Staatsräson“ bezeichnete. Tatsächlich ist es seit Jahren der politische und extremistische Islam im Nahen Osten, der genau diese unsere gemeinsamen Werte bekämpft.

Vermutlich war Israels Angriff auf den Iran, mit amerikanischer Unterstützung, die einzige Möglichkeit, das Atomwaffen- und Raketenprogramm der Islamischen Republik und seine völker-

rechtswidrigen Absichten zur Auslöschung Israels außer Dienst zu stellen, sofern dies ausreichend gelungen sein mag.

Solange in der Bundesregierung mehrheitlich Einvernehmen dazu herrscht, mag sie dem Anspruch der „deutschen Staatsräson“ gerecht werden: Israels Bedrohung ernst zu nehmen – und es wo nötig durch Waffenlieferungen dazu zu befähigen, diese auszuschalten. Daher bleibt es richtig, die Rüstungskoope- ration uneingeschränkt fortzuführen. Der jüdische Staat muss zu jeder Zeit die nötigen militärischen Ressourcen haben, um sich eigenständig und im Zweifelsfalle auch nach eigenem Ermessen verteidigen zu können.

Dabei sollte nicht vergessen werden, dass die Verteidigungszusammenarbeit mit Israel auch für die Bundesrepublik, die Bundeswehr und die Terrorismusbekämpfung hierzulande über Jahrzehnte hinweg vorteilhaft war. Bei seinem Solidaritätsbesuch Ende Juni in Israel erlebte Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU), wie nützlich auch für Deutschland eine Kooperation mit Israel im Bereich Cybersicherheit und Zivilschutz sein wird.

Der in der Region weitverbreitete Hass auf den Judenstaat richtet sich gegen dessen Existenz – Israels Politik ist meistens nur der Vorwand. Und damit ist dieser Hass auf Israel das größte Hindernis für einen Frieden im Nahen Osten. Wenn sich Deutschland also zur Existenz Israels bekennt, muss diese Erkenntnis allem Handeln Israel gegenüber zugrunde liegen. Daraus ergibt sich eine Empfehlung zur Frage, wie sich die „Staatsräson“ gestalten sollte: Ein unmissverständlicher Einsatz der deutschen Diplomatie zugunsten der Anerkennung Israels bei allen Partnern, mit denen die Bundesrepublik diplomatische Beziehungen pflegt, sollte vorausgesetzt werden können. Antisemitismus, Antizionismus und die Leugnung des Holocaust müssen auch auf internationalem Parkett mit solider außenpolitischer Priorität bekämpft werden. Die Verflechtung zwischen Antisemitismus und Antizionismus ist bei anti-israelischen und pro-palästinensischen Demonstrationen in Europa und Nordamerika nur allzu offenkundig. Daher müssen diese Phänomene im Verbund bekämpft werden. Dies kann zum Beispiel geschehen, indem Projektpartnern der Bundesrepublik sowie ausländischen Regierungen die Kooperation und Förderung verweigert wird, wenn diese sich hier nicht eindeutig genug positionieren. Auch in den Vereinten Nationen hat Deutschland die Möglichkeit, die richtigen Signale zu senden. Bei Abstimmungen in der Vollversammlung und dem Sicherheitsrat bleibt die deutsche Unterstützung für Israel in ihrer Eindeutigkeit ausbaufähig.

Die „Staatsräson“ heißt vor allem, dass alle „Akteure“, die Israels Existenz und Sicherheit bedrohen, die Waffen gegen Israel richten und nutzen, von Deutschland aktiv politisch bekämpft werden müssen. Deutschland, Europa und die USA werden die Hamas, die Hisbollah, die Muslimbruderschaft sowie den Iran, nicht entwaffnen können – aber sie können Israel befähigen, dies in seinem geopolitischen Umfeld zu tun, soweit es überhaupt möglich ist. Vor allem kann Deutschland dabei helfen, die entsprechenden finanziellen Netzwerke zu zerstören. Wenn deutsches, europäisches und westliches Regierungshandeln sich darauf fokussierte, käme das Ideal einer „Staatsräson der Sicherheit Israels“ und einer stabilen Friedensordnung im Nahen Osten vielleicht ein Stück näher – möglicherweise hat das Handeln der Israelis und Amerikaner im Juni mit dem Angriff auf den Iran einen kleinen Beitrag dazu geleistet. |

ANGRIFF AUF DEN IRAN

Eine famose Operation

Der israelische Angriff auf den Iran gehört schon jetzt zu den Annalen der Nahost-Geschichte. Bei allem Erfolg hat sich eine Hoffnung der Israelis noch nicht erfüllt.

Daniel Frick

In der Nacht zum 13. Juni begann die israelische Luftwaffe den bislang wagemutigsten Einsatz in ihrer Geschichte. Mehr als 200 Kampfflugzeuge flogen die mehr als 1.500 Kilometer in den Iran, um dort die Atomanlagen des Mullah-Regimes zu zerstören. Ein Schlag, den viele Militärexperten für unmöglich gehalten hatten.

Die vierstündige Offensive war der Auftakt zu einer Operation, die zwölf Tage, bis zum 24. Juni, andauern sollte. Das Resultat: Das Atomprogramm des Iran wurde durch die Zerstörung oder Beschädigung der Anlagen und die Tötung mehrerer Atomwissenschaftler um Jahre zurückgeworfen. Israel schaltete zudem Führungsfiguren des iranischen Militärs aus, darunter den Armeechef und den Chef der Revolutionsgarde, und dezimierte die Luftabwehr des Landes. Der jüdische Staat hat damit seine Abschreckung erhöht, der Iran steht gedemütigt da.

Nach Auffassung der Regierung in Jerusalem hätte der Iran binnen eines Jahres über eine Atombombe verfügt. Besonders nach dem Zusammenbruch der iranischen Achse habe die Revolutionsgarde den Bau vorangetrieben, äußerte der israelische Premier Benjamin Netanjahu Mitte Juli im amerikanischen Fernsehen. Hinzu kommt der Ausbau des Raketenprogramms, mit dem der Iran nicht nur Israel, sondern auch Europa bedrohen kann.

Biblische Ausmaße

Bei historischen Ereignissen ist schnell die Rede von „biblischen Ausmaßen“ – selten ist so eine Zuschreibung passender

als hier. Schon der Name der Operation, „Volk wie ein Löwe“, ist aus der Bibel abgeleitet. Der Seher Bileam sagte demnach über die Israeliten: „Siehe, das Volk wird aufstehen wie ein junger Löwe und wird sich erheben wie ein Löwe; es wird sich nicht legen, bis es den Raub verzehrt und das Blut der Erschlagenen trinkt“ (4. Mose 23,24).

Inspiration aus der Bibel schöpfte auch ein israelischer Kampfpilot. Nach seinem Einsatz schilderte er, was er während des zweistündigen Fluges in den Iran gedacht habe. Er sagte, zwischen den anfallenden Routineaufgaben habe er immerzu an die persische Königin Ester gedacht. Laut biblischer Überlieferung nahm sie das Todeswagnis auf sich, ungerufen beim König vorzusprechen, um ihre jüdischen Volksgenossen vor der Vernichtung zu bewahren.

Ihr Onkel Mordechai hatte ihr zuvor gesagt: „Wenn du zu dieser Zeit schweigen wirst, wird eine Hilfe und Errettung von einem andern Ort her den Juden erstehen. Du aber und deines Vaters Haus, ihr werdet umkommen. Und wer weiß, ob du nicht gerade um dieser Zeit willen zur königlichen Würde gekommen bist?“ (Ester 4,14).

Der Pilot erklärte, die Worte Mordechais hätten ihm Mut gegeben. Ihm sei klar geworden: „Ich fliege nicht für mich selbst, sondern durch die Kraft und im Namen meiner Familie, meiner Gemeinschaft, meines Volkes, und für Generationen, die sich nach diesen Augenblicken gesehnt haben, in denen das Buch Ester in unseren Tagen neu geschrieben wird. Ein nationaler, historischer Moment von biblischen Ausmaßen.“



Israelische F15-Kampffjets fliegen über dem Iran

Logistischer Aufwand

Von ebensolchen Ausmaßen waren auch die Vorbereitungen darauf. Bereits im Jahr 2008 übte die Luftwaffe unter dem Namen „Glorreicher Spartaner“ zusammen mit ihrem griechischen Gegenstück die Betankung von Flugzeugen, und seither immer wieder. Israel selbst ist zu klein, um dort so eine Übung durchzuführen.

In den Monaten vor der Operation musste Israel die Tüchtigkeit der Luftwaffe sicherstellen. Es kam zu unangekündigten Inspektionen. Für die bereits alternende Flotte von F-15- und F-16-Kampffjets mussten Ersatzteile her, die längst nicht mehr hergestellt werden. Zum Teil fragten die Israelis bei befreundeten Ländern mit falschen Begründungen um Lieferungen an, teilweise kam der 3D-Drucker zum Einsatz.



Listiges Vorgehen

Neben diesen Vorbereitungen bedienten sich Israel und die USA einer Reihe von Täuschungsmanövern, um die iranische Führung vom bevorstehenden Angriff abzulenken. Die finale Entscheidung traf Netanjahu Berichten zufolge am 9. Juni, dem Montag vor dem Angriff in der Nacht zum Freitag. Er ließ zunächst die Öffentlichkeit wissen, dass er für das kommende Wochenende freinehmen werde, da am Montag die Hochzeit seines Sohnes Avner anstehe. Auch in der Familie wusste niemand, dass Netanjahu die Absage der Hochzeit plante.

Tags darauf ließ die US-Regierung die Welt wissen, dass Trump Netanjahu in einem Telefonat angewiesen habe, kein

Drohnenbasis aufzubauen, die am 13. Juni aktiviert wurde und die Luftabwehr des Landes entscheidend beeinträchtigte.

Die Operation lief in der Folge besser als gedacht: Entgegen der Befürchtungen verlor Israel keinen einzigen Piloten. In Israel starben ein Soldat außer Dienst und 29 Zivilisten, darunter vier Mitglieder einer ukrainischen Familie; Sicherheitskreise hatten mit bis zu 1.400 Todesopfern gerechnet. Neben den USA halfen Frankreich, Großbritannien, Jordanien und – inoffiziell – Saudi-Arabien bei der Abwehr der nach offiziellen Angaben 550 Raketen und mehr als tausend Drohnen, die der Iran bei Gegenschlägen, meist des Nachts, in Richtung Israel feuerte. Für die Israelis bedeutete dies psychische Belastung und Schlafmangel.



Präziser Schlag: In der Nacht zum 13. Juni griff die Luftwaffe Ziele im Iran an – darunter hochrangige Militärs und Atomwissenschaftler

Atomprogramm zurückgeworfen

Über die Resultate der Operation gab es zunächst unterschiedliche Bewertungen. Mit der Zeit kristallisierte sich jedoch heraus, dass die nuklearen Anreicherungs- und Verwertungsanlagen erhebliche Schäden davongetragen haben. So sei die Anreicherungsanlage Natanz vollkommen zerstört, die Anlage in Fordo stark in Mitleidenschaft gezogen worden.

Die Schäden in Fordo waren indes nur durch den Einsatz der USA möglich. Bei der „Operation Mitternachtshammer“ flogen am 22. Juni sieben B-2-Bomber von den USA in Richtung Iran und setzten dort 14 bunkerbrechende Bomben gegen die unterirdische Anlage ein, zudem beteiligte sich ein US-U-Boot vor der Küste des Irans an den Angriffen.

Die USA zerstörten auch eine Anlage in Isfahan, die zur weiteren Produktionskette gehört. Die Umwandlung von angereichertem Uran in Metall zählt zu den Schlüsselschritten beim Bau einer Bombe. Der Leiter des amerikanischen Auslandsgeheimdienstes CIA, John Ratcliffe, bestätigte die Zerstörung in einer Anhörung im Senat am 26. Juni.

Die Beteiligung der USA an der Operation gegen den Iran dürfte indes nicht völlig uneigennützig sein. Die zur Schau gestellte Entschiedenheit der USA hat vermutlich auch Eindruck auf China gemacht. Die USA sehen China als politischen, wirtschaftlichen und militärischen Hauptrivalen.

Die USA waren besonders hilfreich, wie Armeevertreter im Rückblick betonten. Die Luftwaffe erhielt binnen eines Jahres Munition aus Amerika in einer Menge, die üblicherweise über ein Jahrzehnt zur Verfügung gestellt wird. „Im Grunde führten wir zwei Fünf-Jahres-Pläne zur Aufrüstung in weniger als einem Jahr aus“, sagten israelische Militärs. Der Chef der amerikanischen Streitkräfte, Dan Caine, war dabei so kooperativ, dass es selbst die Israelis überraschte. US-Präsident Donald Trump hatte den 56-Jährigen im Februar aus dem Ruhestand geholt. Auch der Befehlshaber des amerikanischen Nahost-Kommandos (CENTCOM), Michael Kurilla, hat nach Angaben der Israelis erhebliche Beiträge zu der operativen Zusammenarbeit geleistet.

Wort mehr über einen Angriff auf den Iran zu verlieren. Die Iraner sollten glauben, dass Uneinigkeit zwischen Netanjahu und Trump bestehe. Hinzu kommt, dass für das Wochenende die sechste Verhandlungsrunde zum Atomprogramm in Rom vorgesehen war. Noch wenige Stunden vor dem Eröffnungsschlag verkündete Trump, an einer diplomatischen Lösung interessiert zu sein.

Die List war erfolgreich: Das Regime in Teheran rechnete nicht mit einem Angriff. Hochrangige Militärs schliefen in ihren Wohnungen und wurden damit ein leichtes Ziel für die Angriffe. Israel nutzte sein bereits seit den 1990er Jahren errichtetes Spionage- und Infiltrationsnetzwerk. Damit war es dem Auslandsgeheimdienst Mossad gelungen, im Iran eine geheime

Unvollendete Operation

Eine von Israel gewünschte Entwicklung ist bislang jedoch ausgeblieben: Der Sturz des Regimes. Mitunter beteuerte die Regierung zwar, dass dies nicht ihr Ziel gewesen sei. Doch der persische Social-Media-Kanal des Außenministeriums war unmissverständlich: Am 17. Juni postete das Team eine iranische Flagge, auf der der goldene Löwe – das traditionelle iranische Nationalembem – das Emblem des islamistischen Regimes zertritt. „Die Erhebung der Löwen für den Triumph des Lichtes über die Finsternis“, hieß es dazu – womit auch klar ist, dass der Name „Volk wie ein Löwe“ nicht nur die Israelis, sondern auch die Iraner meinen soll.

Seit der islamistischen Revolution von 1979 – zu deren 40. Jahrestag im Jahr 2019 übrigens Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier dem Regime herzlich gratulierte – droht der Iran mit der Vernichtung Israels, des „kleinen Satans“ neben den USA, dem „großen Satan“. Dieser Umstand hatte die Völkerrechtsexperten, die die Legitimität des israelischen Angriffs lautstark in Frage stellten, zuvor nicht auf den Plan gerufen.

Fest steht: Solange das Regime besteht, wird es weiter gegen den jüdischen Staat agieren. Doch vorerst darf sich Israel die Hoffnung machen, dass der Iran weiter an Einfluss verliert. Länder wie der Libanon und Syrien könnten die Lage nutzen, die

Bande zum Iran zu kappen. Beide Seiten haben bereits Andeutungen gemacht, offen für einen Frieden mit Israel zu sein. Auch wenn bei Syrien noch Skepsis angebracht ist: Durch einen geschwächten Iran ist die Gelegenheit größer denn je. |



Bei iranischen Gegenschlägen kamen in Israel 30 Menschen ums Leben – das Bild zeigt die Verwüstung nach einem Einschlag in einem Wohnhaus in Bat Jam

Wir profitieren von Israels Mut

Daniel Frick

Bundeskanzler Friedrich Merz hat recht mit seiner Auffassung, dass Israel mit dem Angriff auf den Iran die „Drecksarbeit für uns“ macht. Gemeint sind Einsätze, für die sich die Europäer zu fein sind, zu denen sie gar nicht in der Lage sind, von denen sie aber existenziell profitieren.

Die Liste iranischer Geheimdienst- und Terroraktivitäten in Europa ist bedenklich lang. So ließ der Iran Terrorziele mit jüdischen oder israelischen Verbindungen auskundschaften, etwa in Berlin oder München. 2018 wurde bei Paris ein Bombenschlag auf eine Veranstaltung der Exilopposition verhindert. 2021 verurteilte ein Gericht in Antwerpen einen iranischen Diplomaten deswegen zu 20 Jahren Haft. Im Mai 2023 kam er aber im Rahmen eines Gefangenenaustausches frei, nachdem der Iran einen belgischen Entwicklungshelfer wegen angeblicher Spionage verhaftet hatte.

Der Iran ist offenkundig der Auffassung, dass er sich derlei erlauben kann. Das Entgegenkommen westlicher Länder beim 2015 geschlossenen Nuklearabkommen dürfte ihn bestärkt haben. Die damalige deutsche Kanzlerin Angela Merkel kümmerte bei dem Abschluss offenkundig nicht, dass Teheran offiziell Vernichtungsdrohungen gegen Israel ausspricht.

Dabei hat es der Iran nicht nur auf Israel, sondern auch auf die westliche Welt abgesehen. Staatsziel ist die weltweite Etablierung des Islam. Im Besitz einer Atombombe würde der Iran noch unverfrorener auftreten.

Israel hat bereits früher durch Sabotageaktionen deren Entwicklung hinausgezögert. Durch die nun erfolgte verwegene Militäraktion, auch unter Beteiligung der USA, gelang dem jüdischen Staat der bislang größte Schlag. Die europäischen Länder sollten Israel dafür Anerkennung zollen.

BIBELKOLUMNE

Das wahre Messias-Bild



Christen neigen mitunter dazu, die jüdische Identität Jesu an den Rand zu drängen. Ein messianischer Jude erinnert an das wahre Bild des Messias.

Benjamin Shel Haseh Berger

Fast 2.000 Jahre sind vergangen, seit unser Messias, Jeschua, der wahre Sohn Davids, der Erbe des Thrones Davids und zugleich der einzigartige Sohn Gottes, im Land Israel lehrte und Wunder wirkte. Die Menschwerdung des Menschensohnes, von der der Prophet Daniel spricht, stellte die frühen Kirchenväter vor viele Fragen: Ist er Gott? Ist er Mensch? Ist er der Gott-Mensch? Ist er Gott und Mensch zugleich mit zwei Naturen? Schließlich wurde erkannt, dass er beides ist – Gott und Mensch – in einer völlig ungeteilten Natur. Dennoch wurde im Laufe der Zeit – mit der Zerstörung des Tempels, der endgültigen Zerstreuung der meisten Juden unter die Nationen und der Entwicklung der Kirche Jesu unter den Heiden – die jüdische Identität des Messias vollständig vergessen. Durch viele Kirchenführer wurde sie gar durch eine nicht-jüdische Identität ersetzt. Auf jedem Kreuz steht die Inschrift „Jesus von Nazareth, König der Juden“ (INRI), das galt auch für seine Mutter, die Jüdin war und aus dem Geschlecht Davids stammte. Alle Apostel waren Juden. Ich erinnere mich daran, wie ich mit meinem Bruder Papst Johannes Paul II. begegnete; seine letzten Worte an uns waren: „Ich bin der Nachfolger des Petrus, und Petrus war ein Jude.“ Er hatte nicht vergessen, was viele andere in der Vergangenheit geleugnet hatten.



Benjamin Shel Haseh Berger wurde 1941 als Sohn jüdischer Flüchtlinge in New York geboren. Er ist Pastor einer messianischen Gemeinde in der Jerusalemer Altstadt.

Mit der Entwicklung der Ersatztheologie wurde die Identität des Messias und die der Kirche vollständig heidnisch, und man trennte sich gänzlich von ihren jüdischen Wurzeln. Das Volk Israel wurde zum großen Feind der Kirche, und die Kirche wurde zum Feind des jüdischen Volkes.

Pilatus aber schrieb eine Aufschrift und setzte sie auf das Kreuz; und es war geschrieben: Jesus von Nazareth, der Juden König.

Johannes 19,19

Ein weiteres großes Problem ist, dass das rabbinische Judentum Jeschua vollständig aus dem Lager Israels ausgeschlossen hat – ihn sogar als den Feind Israels darstellt.

Aufgrund dieser traurigen Geschichte stellt sich die Frage: Wie leben wir nun als messianische Juden? Den Weg zurück und zugleich den Weg nach vorne zu finden – den Weg zu finden, unseren Glauben im Hier und Jetzt so auszudrücken und zu leben, dass es keine menschliche Konstruktion ist, sondern echt, geoffenbart und vom Heiligen Geist gewirkt – ist eine der größten Herausforderungen. Gewiss müssen wir ein heiliges und gerechtes Leben führen; wir müssen im Licht wandeln – vor dem Herrn und voreinander. Wir müssen – wie die Apostel – erkennen, dass die gläubigen Heiden in den edlen Ölbaum des messianischen Israel eingepropft wurden und nun gemeinsam mit uns eins sind.

Nur das, was wahrhaft aus dem Geist Gottes geboren ist, in Heiligkeit und Gerechtigkeit gelebt wird und im Gehorsam gegenüber unserem Messias geschieht, wird das jüdische Volk überzeugen, dass Jeschua der Erbe des Thrones Davids ist – und ebenso die Welt davon überzeugen, dass Jeschua von Nazareth, wie Petrus sagte, „der Sohn des lebendigen Gottes“ ist.

Lassen wir – Juden, wie auch Nichtjuden – uns nicht von Lehren verführen, die ein falsches Bild unseres großen Herrn zeichnen. Es besteht die Gefahr, dass wir ihn zu einem orthodoxen Rabbiner machen. Er ist aber viel mehr. Er ist wohl Jude, aus dem Geschlecht Davids, aber auch der Sohn Gottes und Gott selbst, der Mensch geworden ist. Er ist an erster Stelle Israels König und Messias. Er ist der König der Juden und zur selben Zeit der König aller Könige. Als Erstgeborene in der Familie Gottes – als jüdische Menschen, die den Messias erkannt haben – tragen wir die Verantwortung, dem Messias keine Identität überzustülpen, die wir selbst erschaffen haben. Wir sind dazu berufen, das Volk Israel zu sein, das dem Herrn Jeschua HaMaschiach – dem wahren Sohn Davids und Sohn Gottes – zuruft: „Gesegnet bist du, der du kommst im Namen des Herrn.“ |

Sexuelle Gewalt war geplant

Die Hamas setzte am 7. Oktober sexuelle Gewalt gezielt als Kriegswaffe ein. Zu diesem Schluss kommen Mitarbeiterinnen eines israelischen Projektes nach Auswertung von Zeugenaussagen und Aufnahmen.

Elisabeth Hausen

Leserhinweis: Dieser Artikel enthält Beschreibungen verstörender sexueller Gewaltakte, die von palästinensischen Terroristen begangen wurden.

Die Bibel berichtet in 1. Mose 34 von Dina. Sie war die Tochter von Jakob und Lea. Als sie auszog, „die Töchter des Landes zu sehen“, vergewaltigte sie ein Mann namens Sichem. Ihre Brüder Simeon und Levi rächten die Tat. Dina kehrte nach Hause zurück. Mehr erfahren wir nicht über ihr Leben.

Dina steht für Opfer, die sich kein Recht verschaffen können. Nach ihr ist das israelische „Dinah Project“ benannt. Es befasst sich mit sexueller Gewalt am 7. Oktober 2023 und danach, auch an Geiseln im Gazastreifen. Das Projekt hat das Ziel, für diejenigen die Stimme zu erheben, die nicht sprechen können. Nun ist ein Buch erschienen, in dem die Mitarbeiterinnen ihre Erkenntnisse zusammenfassen: „A Quest for Justice. October 7 and Beyond“ (Auf der Suche nach Gerechtigkeit. Der 7. Oktober und darüber hinaus). Es wurde Anfang Juli in Jerusalem vorgestellt. Mitgewirkt haben unter anderen die Rechtsprofessorin Ruth Halperin-Kaddari, die frühere Richterin Nava Ben-Or und die frühere Leiterin der Militärstaatsanwaltschaft Sharon Zagagi-Pinhas. Zum Aufsichtsrat gehört Amit Susana. Die ehemalige Geisel spricht offen über die sexuelle Gewalt, die sie durch die Hamas erlitt. Auch eine Deutsche findet sich im Aufsichtsrat: Beate Rudolf, die Direktorin des Deutschen Instituts für Menschenrechte.

Bei ihrem 84-seitigen Bericht berufen sich die Autorinnen auf Opfer, Augen- und Ohrenzeugen, aber auch auf Erst- und Zweithelfer. Zudem haben sie Video- und Audiomaterial ausgewertet. Damit wollen sie belegen, dass die Hamas bei dem Massaker sexuelle Gewalt als Kriegswaffe eingesetzt hat. Ihr vorrangiges Ziel ist, dass dies international angeprangert wird. Sie hoffen, dass dank ihrer Fallstudie ähnliche Vorfälle in Zukunft verhindert werden können, weil sie nicht mehr ungestraft bleiben. Das Buch widmen sie den Opfern sexueller Gewalt am und nach dem 7. Oktober – und allen Betroffenen weltweit.



Ruth Halperin-Kaddari, Nava Ben-Or, Sharon Zagagi-Pinhas (The Dinah Project): „A Quest for Justice. October 7 and Beyond“, Printed in Jerusalem bit.ly/dinah-project

Mindestens sechs Tatorte

Zeugenaussagen und forensisches Material zeigen demnach, dass es sexuelle Übergriffe an mindestens sechs Orten gab: beim Nova-Musikfestival, auf der Landstraße 232 (bekannt als „Straße des Todes“), am Militärstützpunkt Nahal Os sowie in den Kibbuzim Re'im, Nir Os und Kfar Asa.

Die meisten Opfer wurden während des Massakers ermordet. Überlebende sind traumatisiert, die meisten vermögen oft nicht über ihre brutalen Erlebnisse zu sprechen. Dennoch standen den Verfasserinnen Aussagen von Zeuginnen und auch zwei Zeugen zur Verfügung, die selbst sexuelle Gewalt erlebt haben. Zu ihnen zählt die Überlebende einer versuchten Vergewaltigung am 7. Oktober.

Hinzu kommen 15 ehemalige Geiseln, die Opfer von sexueller Gewalt oder Zeugen einer solchen Tat wurden. Die beiden Männer kamen im Januar und Februar dieses Jahres aus der Gefangenschaft der Hamas frei, wo sie sexuell erniedrigt worden waren.

Ferner beschreiben 17 Augen- und Ohrenzeugen mindestens 15 verschiedene Vorfälle. Sie berichten etwa über Gruppenvergewaltigungen beim Massaker und über die Androhung von sexueller Gewalt in Form von Zwangsheirat gegenüber Geiseln. Die Autorinnen merken an, dass auch die Zeugen Überlebende und damit traumatisiert sind. Einige beobachteten die Übergriffe von einem Versteck aus, während sie sich selbst in Lebensgefahr befanden. Andere hörten Geräusche, auch Schreie von Frauen, die um Hilfe flehten oder den Täter anflehten, aufzuhören.

Alle beschrieben ähnliche Szenen

An den sechs Stätten dokumentierten 27 Ersthelfer mindestens 30 Fälle, in denen an Leichen klare Anzeichen für sexuelle Gewalt zu sehen waren. Dass die Helfer ihren Dienst taten, während die Kämpfe andauerten, machte es unmöglich, einen Überblick zu erhalten. Doch alle Ersthelfer vom Nova-Festival beschrieben ähnliche Szenen.

Zweithelfer in der zentralen Leichenhalle an der Schura-Militärbasis machten entsprechende Beobachtungen. Ermordete bluteten am Unterleib. Einige wiesen Schussverletzungen oder Verbrennungen in den Geschlechtsorganen auf. Das „Dinah Project“ beschreibt Leichen, bei denen Gegenstände in den Intimbereich eingeführt waren. Ermordete Frauen waren nackt an Bäume gekettet. Viele halb oder völlig nackte Leichen hatten gespreizte Beine. Ein Muster ist erkennbar.

Unter strenger Wahrung der Schweigepflicht und der Vertraulichkeit konnten die Autorinnen auch Erkenntnisse vom Gesundheitsdienst und von Therapeuten auswerten, die Überlebende se-

xueller Gewalt betreuen. Die Übergriffe ereigneten sich teilweise am 7. Oktober und teilweise in der Geiselhaft. Demnach gibt es starke Anzeichen für Misshandlung, Folter, sexuelle Gewalt und für Gruppenvergewaltigungen.

Während des Massakers veröffentlichten Terroristen in Sozialen Medien eine große Menge Aufnahmen in Echtzeit. Dort waren auch Fälle sexueller Erniedrigung zu sehen. Besonders bekannt wurde das Video, das die Entführung der Leiche der Deutsch-Israelin Shani Louk vom Nova-Festival zeigte. Sie wurde fast völlig nackt auf die Ladefläche eines Vans geworfen und in Gaza zu Schau gestellt. Terroristen klatschten Beifall. Ihr Leichnam wurde später von der israelischen Armee entdeckt und im Mai 2024 in Israel beigesetzt.

Großer Teil des Videomaterials gelöscht

Ein Telefonat zwischen einem Hamas-Terroristen und seinem Offizier wurde vom israelischen Geheimdienst abgehört. Er sprach von einer „sabaja“, die Angreifer mit nach Gaza gebracht hätten. Das arabische Wort bedeutet „rassische Stute“. Es kann sich auf eine weibliche Gefangene, aber auch auf Sexsklaverei beziehen. Die Verfasserinnen sehen eine Parallele zu jesidischen Frauen und Mädchen, die vom Islamischen Staat im Irak misshandelt wurden. Der Terrorist, der das Gespräch führte, arbeitete indes für das UN-Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge in Nahost (UNRWA).

Ein großer Teil des Materials wurde später wegen der gewalttätigen Inhalte gelöscht. Dem Bericht zufolge hat allein die Plattform „YouTube“ etwa 85.000 Dateien mit „widerwärtigem Inhalt“ entfernt. Dennoch habe ausreichend Material zur Verfügung gestanden.

Das „Dinah Project“ betont, dass sich sexuelle Gewalt im Krieg zuerst gegen eine Gemeinschaft richtet, um diese zu demütigen –

und erst dann gegen die einzelnen Opfer. Damit unterscheide sie sich von alltäglichen sexuellen Übergriffen.

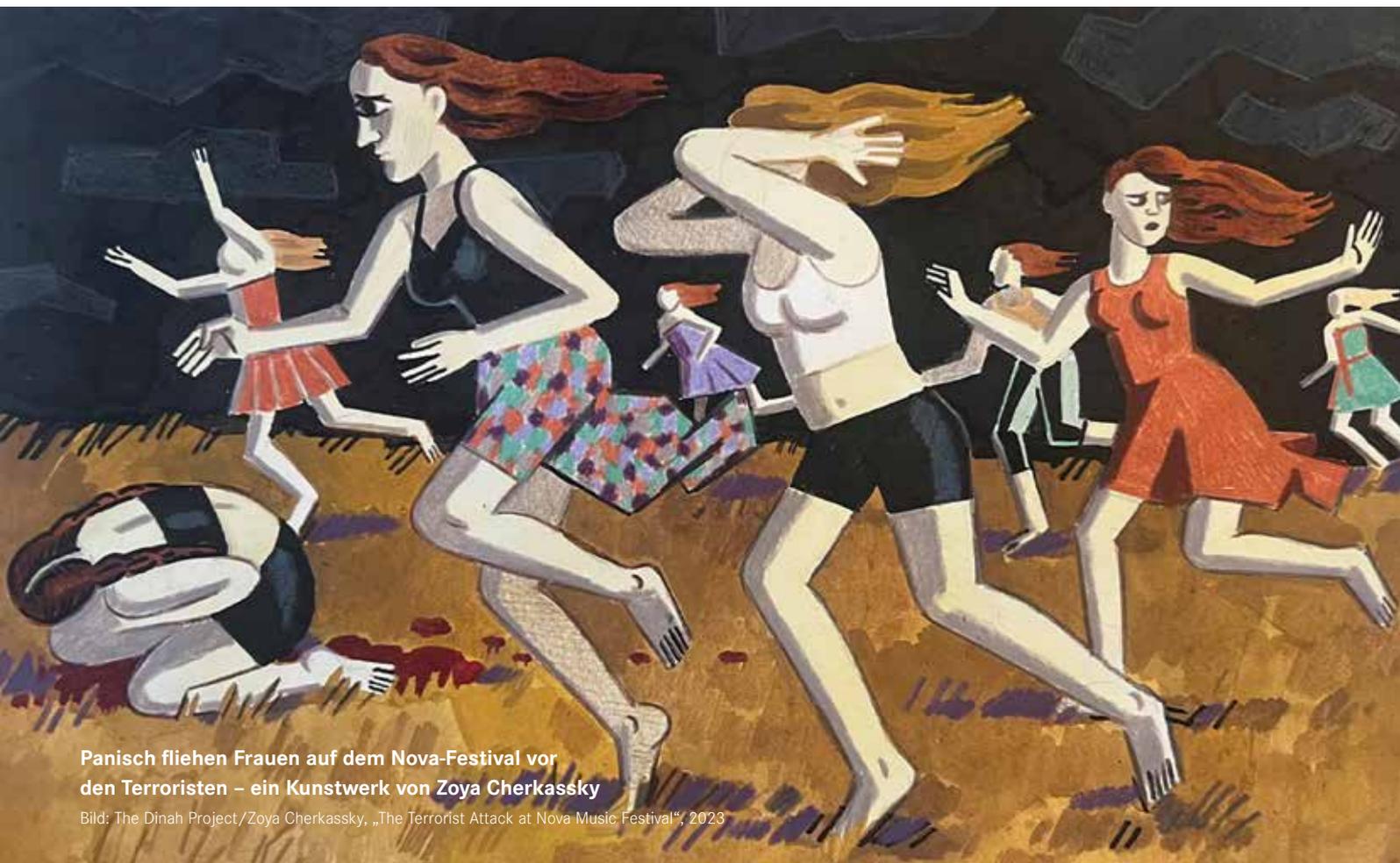
Juden als „minderwertige Menschen“

Die Ergebnisse der Recherche deuten für die Mitarbeiterinnen ganz klar darauf hin, dass der Einsatz sexueller Gewalt geplant und nicht spontan war. Der Bericht befasst sich auch mit der Indoktrinierung der Nukhba-Front, der besonders brutalen Brigade der Hamas, die maßgeblich für die Gräueltaten am 7. Oktober verantwortlich ist. Den Terroristen wurde eingetrichtert, dass Juden minderwertige Menschen seien und deshalb ein „heiliger Krieg“ gegen sie geführt werden müsse.

Bereits die Hamas-Charta von 1988 vermische radikale islamistische Lehre mit traditionellem europäischem und nationalsozialistischem Antisemitismus, schreiben die Autorinnen. Zudem hätten die Terroristen trainiert, Schutzräume aufzubrechen und Geiseln zu nehmen. Zivilisten seien ein klares Ziel des Terrorangriffes gewesen.

Das „Dinah Project“ wendet sich an die Vereinten Nationen: Es fordert Generalsekretär António Guterres auf, die Hamas auf die Liste der Organisationen zu setzen, die sexuelle Gewalt als Kriegswaffe nutzen. Zudem müsse die sexuelle Gewalt vom 7. Oktober als Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeprangert werden.

Am Ende des Buches heißt es: „Möge dieser Bericht nicht nur als Mittel für Gerechtigkeit dienen, sondern als Testament für die Resilienz derjenigen, die litten, als Denkmal für diejenigen, die ermordet wurden, und als Symbol unserer gemeinsamen Verpflichtung zur Wahrheit und zum Bestreben, Gerechtigkeit und Anerkennung für die Opfer des 7. Oktober und darüber hinaus herbeizuführen.“ |



Panisch fliehen Frauen auf dem Nova-Festival vor den Terroristen – ein Kunstwerk von Zoya Cherkassky

Bild: The Dinah Project/Zoya Cherkassky, „The Terrorist Attack at Nova Music Festival“, 2023

Die anti-israelische Propaganda fährt unter Volldampf

Wer Nachrichten aus dem Gazastreifen einordnen will, muss sich bewusst machen, dass ein Propagandakrieg die Berichterstattung beherrscht. Keiner Seite ist völliger Glaube zu schenken, aber ein paar Grundmuster lassen sich erkennen.

Eine kommentierende Analyse von Daniel Frick

Seit Beginn des Gazakrieges tobt auch der Propagandakrieg. Die Versorgungskrise im Gazastreifen wird zum Vehikel, um auf Israel einzudreschen. Große Medienhäuser wie die „New York Times“, die BBC, das ZDF oder die ARD halten sich nicht zurück.

Die internationale Ausgabe der „New York Times“ zeigte am letzten Juliwochenende auf ihrem Titel ein großes Bild von einem Baby in Windeln, getragen von seiner Mutter, dessen Wirbelsäule unter der Haut hervorsteht, die Gliedmaßen fast so dünn wie die Knochen. Das Bild allein ist schon dramatisch, dazu kommt der Titel: „Gazaner sterben vor Hunger“.

Die Macht des Narrativs

Bild und Titel sind zusammen eine Lüge. Die abgebildeten Personen sind Beobachtern bekannt. Bei dem Baby handelt es sich um Mohammed al-Mutawaq. Der Junge ist mit einem genetischen Defekt auf die Welt gekommen, leidet an zerebraler Lähmung und Sauerstoffmangel im Blut. Seit seiner Geburt ist er auf künstliche Ernährung angewiesen. Sein Schicksal ist ergreifend, es kann aber nicht als Beleg für die Versorgungslage im Gazastreifen herhalten.

Zur Leserschaft der „New York Times“ gehören Akademiker, Intellektuelle, Künstler. Dennoch glaubte die Redaktion, dass die Leser das Bild nicht infrage stellen, obwohl darauf eine nicht eben ausgehungerte Mutter zu sehen ist, dazu ein Bruder, der ebenfalls nicht unterernährt aussieht. Die „New York Times“ weiß, dass anti-israelische Narrative mächtiger sind als der kritische Blick.

Die Zeitung veröffentlichte wenige Tage später eine Korrektur: Angeblich hätten die Journalisten nun erfahren, dass bei dem



Die „New York Times“ zeigte ihren Lesern ein irreführendes Bild aus dem Gazastreifen



Palästinenser holen sich Lebensmittel an einem der Verteilzentren der „Humanitären Gaza-Stiftung“ ab. Anders als das Verteilsystem der Vereinten Nationen wird die GHF in Medienberichten oft als „umstritten“ bezeichnet.

Kind eine Erkrankung vorliege. Allerdings erschien die Stellungnahme nur auf einem weniger bekannten Kanal auf der Plattform X mit knapp 90.000 Followern, nicht auf dem Hauptkanal mit seinen 55 Millionen Followern.

Luc Walpot vom ZDF hatte es in einem Bericht für das „Heute Journal“ am 22. Juli nicht besser gemacht. Als „Beleg“ für eine Unterernährung im Gazastreifen zeigte er in einem Beitrag Aufnahmen von Mosab al-Debs. Der 14-Jährige ist ebenfalls äußerst dürr, sein Anblick verursacht Entsetzen. Es handelt sich aber um einen Patienten, der aufgrund einer Krankheit an „Mangelernährung“ leidet – so auch die originale Betitelung von Bildern, die zu ihm zu finden sind – und nicht an „Unterernährung“ aufgrund der Versorgungslage.

In seinem Beitrag stellte Walpot in aller Beiläufigkeit noch die Behauptung auf, Israel habe das katholische Kirchengebäude im Gazastreifen „angegriffen“. Es mag sein, dass er das so glaubt. Als Journalist ist es aber seine Aufgabe, in einem Bericht auch die israelische Darstellung wiederzugeben. Laut Armee entstand der Treffer an der Kirche durch Trümmerteile eines Geschosses.

Diese Beispiele werfen ein Schlaglicht auf die Unerbittlichkeit dieses Propagandakrieges. Narrative prallen aufeinander. Die Israelis verweisen etwa seit Wochen auf humanitäre Hilfe im Umfang von fast tausend Lastwagenladungen, die im Gazastreifen zur Abholung bereitstehen. Erst als auch Medien darüber berichteten, begannen die UN mit der Verteilung.

Darauf aufmerksam zu machen bedeutet nicht, das unermessliche Leid im Gazastreifen kleinzureden. Es bedeutet auch nicht, den Israelis alles zu glauben.

Jeder sollte sich aber bewusst sein, dass es diesen Propagandakrieg gibt. Und es lohnt sich, immer mal wieder einen Schritt zurückzutreten und das große Ganze in den Blick zu nehmen:

- » Hauptquelle des Leids im Gazastreifen ist die Terror-Organisation Hamas. Das darf auch bei der Kritik an der israelischen Kriegsführung und den Appellen an Israel nicht untergehen. In Wahrheit steht meist nur Israel am Pranger.
- » Die Hamas setzt auf dieses Narrativ. Sie ist im Gazastreifen in der Defensive, aber als Kriegsmittel bleibt ihr immer eine Medienöffentlichkeit, die gegen Israel giftet. Das Leid der Menschen im Gazastreifen ist für sie ein Triumph, weil sie weiß, dass das Israel zur Last gelegt wird. Ihr ultimativer Gewinn wäre der israelische Rückzug aus Gaza wegen des Meinungsdrucks, um sich als Terror-Organisation neu sortieren zu können.
- » Die Vereinten Nationen sind kein neutraler Akteur. Die Hamas hat in der Vergangenheit auf eine „Arbeitsteilung“ mit der UNRWA gesetzt: das „Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge“ kümmert sich um die Bevölkerung, damit Kräfte freierwerden für den Aufbau der Terror-Infrastruktur. Es ist klar, dass die Hamas dieses System beibehalten will. Es ist auch klar, dass die UN ihre Stellung vor Ort und damit ihren Einfluss nicht hergeben wollen.
- » Aus diesem Grund ist die „Humanitäre Gaza-Stiftung“ ein Konkurrent. Darum gilt die GHF in Medienberichten meist als „umstritten“, die UNRWA oder andere UN-Werke aber

Ende Mai haben bewaffnete Palästinenser wieder Hilfstransporte geplündert. Laut dem israelischen Journalisten Ariel Oseran vom israelischen Sender „i24 News“ handelt es sich um Klanmitglieder, die im Auftrag der Terror-Organisation Hamas handelten. Israel setzte die Hilfslieferungen im Norden des Gazastreifens daher kurzzeitig aus.



Propagandakrieg: Israel wirft der UN vor, Hilfsgüter im Gazastreifen nicht zu verteilen. Die UN halten dem entgegen, die Armee sichere die Routen nicht ab.

als geradezu heilige Institutionen, deren Verlautbarungen als Offenbarungen. So, als ob der UN-Nothilfe-Koordinator Tom Fletcher noch nie beim Lügen erwischt worden wäre.

- » Es gibt kein Gebot, den gesunden Menschenverstand beim Betrachten von Bildern aus dem Gazastreifen auszuschalten. Wenn neben stark unterernährten Kindern wohlgenährte Erwachsene darauf erscheinen, ist die Frage erlaubt, warum dem so ist. Nochmals: Das soll das Leid im Gazastreifen nicht unterschlagen. Aber es gilt auch die Frage, was derartige Bilder bewirken sollen.

Das mediale Gebaren ist die eine Seite der Medaille. Aber ohne ein aufnahmeberechtigtes Publikum hätten auch einschlägige Medien einen schweren Stand. Natürlich wollen viele Zuschauer und Leser einfach ihre Grundannahmen bestätigt sehen. Andere wollen sich am Abend schlicht noch etwas erzählen lassen. So oder so haben Medien derzeit offenkundig ein leichtes Spiel, auch wenn sie sich fragwürdiger Methoden bedienen. |



IN EIGENER SACHE

Israelnetz feiert Jubiläum

Vor 25 Jahren ging Israelnetz an den Start. Bei einer Jubiläumsfeier stand die Rolle und die Verantwortung von Journalisten bei ihrer Berichterstattung über den Nahen Osten im Fokus.

Daniel Frick

25 Jahre Israelnetz mit (v. l.)

Dr. Andreas Viertelhausen (Bürgermeister, Wetzlar), **Frank Steinraths** (Landtagsabgeordneter), **Daniel Neumann** (Vorsitzender des Landesverbandes der jüdischen Gemeinden in Hessen), **Christoph Irion** (Geschäftsführer der Christlichen Medieninitiative pro), **Mika Beuster** (Bundvorsitzender des DJV), **mh** (Israelnetz-Journalistin), **Susanne Thyroff** (ERF-Chefin) und **Elisabeth Hausen** (Redaktionsleiterin Israelnetz)

Mit einem Themenabend zu Israel hat die Medienmarke Israelnetz ihr 25-jähriges Bestehen gefeiert. Bei der Veranstaltung am 3. Juli in Wetzlar ging es um die Herausforderungen der Berichterstattung aus Israel und den umstrittenen Gebieten. Im Fokus stand dabei die Grundhaltung von Journalisten und deren Anforderungsprofil.

Daniel Neumann, Vorsitzender des Landesverbandes der jüdischen Gemeinden in Hessen, beklagte in seinem Impulsvortrag, dass viele Journalisten mit einer vorgefertigten Meinung über Israel berichteten. In Anlehnung an eine Wendung des früheren AP-Journalisten Matti Friedman nannte Neumann dies die „Israel-Story“: In dieser Sicht seien Israelis immerzu die Täter, Palästinenser die Opfer.

Für Neumann ist hier Antisemitismus am Werk: Ein Grund für dieses Framing sei auch, dass es um Juden, um Israel als den Juden unter den Nationen gehe. Israel sei in dieser Gedankenwelt „das Böse schlechthin, der Dämon, der der Erlösung der Welt im Weg steht“. Dazu komme der Druck, bei einer neuen Nachrichtenlage immer als erster dabei zu sein, und das in einer gewandelten Medienlandschaft, die durch Soziale Medien zum Zugzwang gebracht werde.

Auf diese Weise komme es zu Falschmeldungen, bei denen Israel schlecht dastehe. Als Beispiel nannte Neumann den vermeintlichen

israelischen Raketenangriff auf das Al-Ahli-Krankenhaus in Gaza-Stadt im Oktober 2023. Zahlreiche Medien hätten umgehend die Propaganda der Terroristen verbreitet, dass durch die Hand der Israelis 500 Menschen getötet worden seien. Erst später sei klar geworden, dass es eine fehlgeleitete Rakete der Terroristen gewesen sei, nicht das Krankenhaus, sondern der dazugehörige Parkplatz getroffen und die Zahl der Opfer weitaus geringer ausgefallen sei. Aber: „Die Nachricht war längst um die Welt gegangen, und sie zurückzuholen ein Ding der Unmöglichkeit.“

Kompetenz gefragt

Im anschließenden Podiumsgespräch versuchte Mika Beuster, Vorsitzender des Deutschen Journalistenverbandes (DJV), eine Lanze für die Journalisten zu brechen. Diese hätten wie alle Menschen ihre Vorurteile. Indes sei an den Reaktionen auf die Berichterstattung in Form einer Orientierung abzulesen, dass diese ausgewogen sei: Kritik gebe es von beiden Seiten, erklärte er. Allerdings gestand er zu, dass es nur von der „pro-palästinensischen“ Seite auch Gewaltandrohungen gegen Journalisten gebe.

Die in Jerusalem lebende Journalistin Mirjam Holmer wandte ein, dass Reaktionen des Publikums kein Maßstab für die eigene Arbeit sein

dürften. Entscheidend für die journalistische Arbeit vor Ort seien die intensive Auseinandersetzung mit den Themen, Sprachkenntnisse – Arabisch und Hebräisch – sowie die Bereitschaft, den Menschen zuzuhören. Nur so sei zu erfahren, wie die Gesellschaft tickte. Holmer kritisierte, dass viele Journalisten nur für eine kurze Zeit ins Land kämen, oft mit dem Ziel, sich selbst zu profilieren.

Kampf gegen einen alten Virus

Die Jubiläumsveranstaltung eröffnete Christoph Irion, Geschäftsführer der Christlichen Medieninitiative pro, zu der Israelnetz gehört. Er beklagte in seinen Eingangsworten, dass der Auslöser des Gazakrieges, das Terrormassaker der Hamas, in der Berichterstattung zu kurz komme. Bei dem Angriff habe es sich nicht um irgendeinen weiteren Anschlag gehandelt, sondern um eine neue Qualität „willentlich entgrenzter sadistischer Gewalt“.

Zugleich sei Journalisten bewusst, dass es Defizite in der Berichterstattung gebe. Die „Spiegel“-Redaktion habe etwa dargelegt, wie schwer es sei, an Informationen aus dem Gazastreifen zu kommen. Die „Tagesschau“ habe den Fehler eingestanden, ein KI-Video über Zerstörungen im Iran nach einem israelischen Angriff verbreitet zu haben. „Ich finde es gut, wenn Journalisten auch selbstkritisch damit umgehen.“

Johannes Gerloff, langjähriger Korrespondent bei Israelnetz, betonte in einer Video-Grußbotschaft, dass die Arbeit von Israelnetz angesichts steigenden Judenhasses „nötiger denn je“ sei. Niemand sei immun gegen diesen „Virus“. Aber die Fakten, die durch die Berichterstattung vermittelt werden, könnten diesen Virus aufdecken, sodass er sich bekämpfen lasse. „Daher: Danke der Christlichen Medieninitiative pro – da liegt noch viel Arbeit vor uns.“

25 Jahre Berichterstattung über Israel und Nahost

Zu der Veranstaltung in den Räumen des christlichen Senders ERF kamen rund 80 Gäste, darunter der Abgeordnete des Hessischen Landtags Frank Steinraths (CDU), der stellvertretende Landrat Frank Inderthal (SPD) und Andreas Viertelhausen (Freie Wähler), Bürgermeister der Stadt Wetzlar. Bei einem anschließenden Empfang hatten die Gäste die Gelegenheit, sich mit den Mitarbeitern auszutauschen.

Das Online-Angebot von Israelnetz war am 12. März 2000 als Suchmaschine für Themen rund um Israel bei der Internationalen Touris-



Der Journalist Uwe Schulz leitete die Diskussion mit Daniel Neumann, Mika Beuster und Merle Hofer (v. l.) über die Herausforderungen der Berichterstattung im Nahen Osten

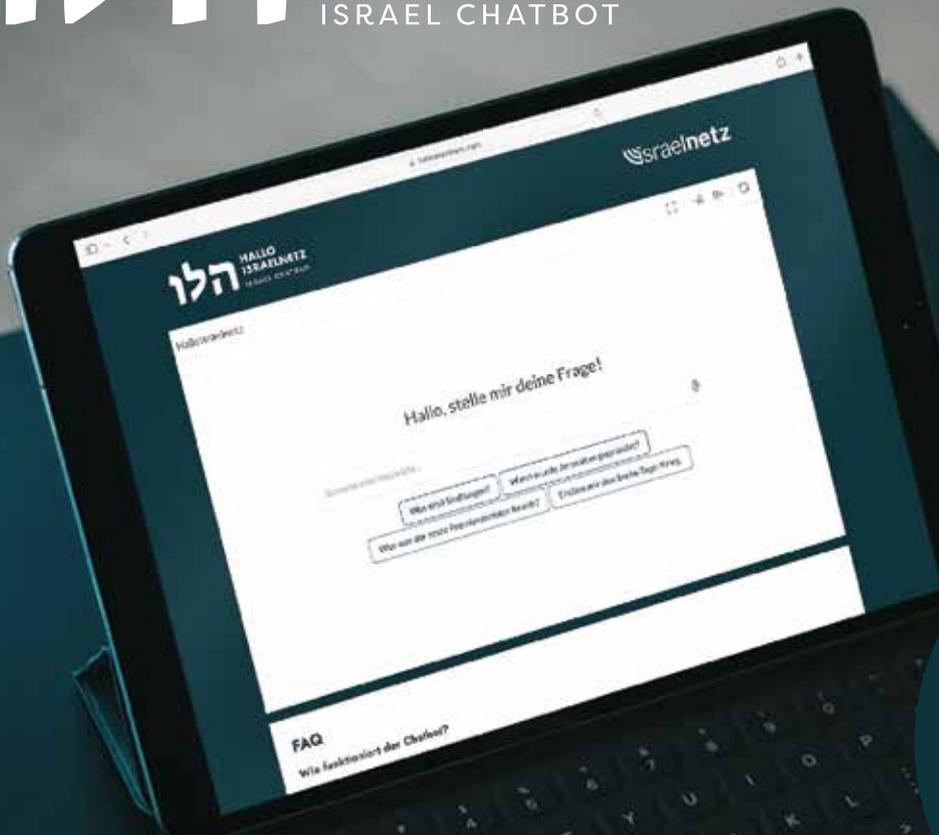


musbörse (ITB) in Berlin an den Start gegangen. Daraus entwickelten sich der Newsletter und die Online-Berichterstattung. Bereits 1999 war erstmals der Israel-Report erschienen, der Vorläufer des Israelnetz Magazins.

Die Christliche Medieninitiative pro feierte im Mai ihr 50-jähriges Jubiläum. Zu dem Werk gehören neben Israelnetz das Christliche Medienmagazin pro und Publicon, ein Netzwerk- und Seminarangebot für christliche Journalisten und Medienschaffende. |

Christoph Irion ermutigte Journalisten zu einem transparenten und selbstkritischen Umgang mit den schwierigen Rahmenbedingungen bei der Nahost-Berichterstattung





DER ISRAEL CHATBOT

Du hast Fragen zu Israel?

Mit dem neuen ChatBot von Israelnetz liefern wir dir das nötige KnowHow zu Israel – selbst für komplizierte Fragen.



JETZT AUSPROBIEREN!
halloisraelnetz.com